

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. Januar 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 6.

Die Reform der Sozialgesetzgebung.

III.

In diesem Artikel wollen wir zunächst auf die stattgefundenen

Konferenzen

im Reichsamt des Innern eingehen und dann die Forderungen der Arbeitgeber wie der Versicherten unterbreiten. Am 11. und 12. Juni 1908 wurde unter dem Minister v. Bethmann-Hollweg die Arztfrage in einer Konferenz, die von Krankenkassenvertretern und Ärzten besucht war, erörtert. Das Ergebnis stellte sich wie folgt zusammen: Keine gesetzliche freie Arztwahl, kein Kurierzwang, keine Maximal- oder Minimalhonorare, dagegen zur Schlichtung von Zwistigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen Einigungsämter und Schiedsgerichte, paritätisch zusammengesetzt, letztere mit ziemlich weitgehenden Befugnissen und einem Beamten als Vorsitzenden. Auf dem deutschen Arzttag erklärte der Vorsitzende Professor Dr. Lüpker (Wohum), daß auf der erwähnten Konferenz ein Teil der Wünsche und Forderungen der Ärzte auf schweren Widerstand gestoßen sei. Dies gelte namentlich von der freien Arztwahl. Trotzdem hätten die Ärzte keinen Anlaß, auf den weiteren Ausbau ihrer freiwilligen Organisation für die Erhaltung der Selbständigkeit, Würde und Ehre ihres Standes zu verzichten. Die „freiwillige Organisation für die Erhaltung der Selbständigkeit, Ehre und Würde“ des Arztesandes sucht aber ihre Hauptaufgabe in der Zertrümmerung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und in dem rücksichtslosesten Vorgehen gegen solche Ärzte, die nicht nach der Pfeife der Herren vom Leipziger Verband tanzen. Nebenbei soll noch erwähnt werden, daß die Herren Ärzte auch die Ausdehnung der Krankenversicherung auf Personen mit mehr als 2000 Ml. Einkommen befürworten, und für die freiwilligen Mitglieder der Krankenkassen möchte man die Mindestgröße der Bezahlung am liebsten um 50 Proz. erhöhen. — Am 23. Oktober 1908 fand dann weiter im Reichsamt des Innern eine Konferenz über die Reform der Krankenversicherungs-gesetze statt. Vertreten waren sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer von Orts-, Betriebs- und Innungsklassen, ferner war geladen der Vorsitzende des Verbandes der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen, ebenso einige Beamte der Krankenkassen, u. a. der bekannte Mandant der Kaufmännischen Ortskrankenkasse zu Berlin, A. Kohn. In der Hauptsache standen Fragen der Organisation der Krankenversicherung zur Verhandlung. Halbierte Beiträge und paritätische Vertretung wie auch der unparteiische Vorsitzende wurden abgelehnt, nachdem selbst der Kommerzienrat Mend, der sonst auf der Seite großindustrieller Scharfmacher zu suchen ist, sich mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der Selbstverwaltung ausgesprochen hatte. Einmütig wurde der gesetzliche Einführung der Verhältniswahl bei den Vertreterwahlen zugestimmt. Bezüglich des Streitverfahrens bei der Krankenversicherung sprach man sich für einen einheitlichen Rechtsweg mit dem Reichsversicherungsamt als letzte Instanz für alle Instanzen der Arbeiterversicherung aus. Die Frage: Wie sind die Verhältnisse der Kassenbeamten zu regeln? stand auch zur Aussprache. Nachdem ein höherer städtischer Beamter festgestellt hatte, daß nach seiner langjährigen Beobachtung Mißstände und Mißbräuche bei der Auswahl von Beamten nicht zu verzeichnen seien, war es den Kassenangestellten usw. ein leichtes, die gegen sie mitunter erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Gesetzliche Vorschriften einzuführen, lehnten selbst die Arbeitgeber zu dieser Frage ab, und man bezeichnete die Tarifgemeinschaft des Verbandes der Ortskrankenkassen mit den Angestellten als die glücklichste Lösung; der Gesetzgeber solle sich nicht unnötigweise in das freie Vertragsrecht hineindrängen. — Am 24. Oktober fand dann eine Konferenz der Zahnärzte und Zahn-techniker mit den Kassenvertretern und ferner eine Konferenz der Krankenkassen mit den Apothekern und Drogeristen statt. Über diese Konferenzen liegen nur spärliche Nachrichten vor. Während auf der ersten Konferenz die Zahnärzte sich gegen die Zulassung der Zahn-techniker zur Kassenpraxis wandten, verlangten die Dentisten die Zulassung der 4200 deutschen Zahnmeister, zumal eine große Anzahl Ärzte die Zahnerschaftliche bei

ihnen anfertigen lasse. Während auf der zweiten Konferenz die Drogeristen ihre Zulassung für die Kassen als notwendig bezeichneten, erklärten sich die Kassenvertreter gegen die gesetzliche Festlegung der freien Apothekerwahl und dafür, daß das Recht nur bestimmten Apothekern zu geben, den Kassen erhalten bleiben müsse; ebenso wurde für Zulassung der Drogeristen, die Kreditgewährung der Apotheker usw. eingetreten. — Am 27. Oktober 1908 fand dann noch eine Konferenz über die Reform der Unfall- und Invalidenversicherung statt. Auf dieser Konferenz trat zutage, daß nicht allein die Vertreter der Berufsgenossenschaften, sondern auch einzelne Vorsitzende von Landesversicherungsanstalten von einer Vereinheitlichung und Reform der Arbeiterversicherung nichts wissen wollten. Der Minister v. Bethmann-Hollweg wies nun darauf hin, daß, falls ein einheitlicher Unterbau in Form von Versicherungsämtern geschaffen werde, diese über den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde hinaus sich auf größere wirtschaftliche Gebiete erstrecken müßten. Die Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten sollten hierdurch aber nicht begrabert werden. Die Rentenfestlegung soll von Arbeitgebern und Versicherten der Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten gemeinsam unter Vorsitz eines Unparteiischen stattfinden. Das würde von hohem politischen Werte sein. Wenn etwas einheitlich Gutes geschaffen werden soll, dürften die einzelnen Parteien auch nicht davor zurückzusehen, von ihrer bisherigen umfangreichen Tätigkeit etwas abzulassen. — Bezüglich der Invalidenversicherung wurde auf der Konferenz angeregt, daß dem Umfange größere Aufmerksamkeit genötigt werden soll, wenn Personen in höherem Lebensalter in die Versicherung eintreten und alsbald nach Entrichtung der für die gesetzliche Wartezeit erforderlichen Anzahl von Beitragsmarken um die Rente einkommen. Für die ärztlichen Gutachten und für Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten sollen Musterformulare ausgearbeitet werden, damit die angeleglichen Mängel in der ärztlichen Begutachtung beboben werden könnten. Die Errichtung von Trinkerheilstätten soll eine weitere Ausdehnung erfahren. Für die von ärztlicher Seite angeregte Anfechtung leicht lungentranter Arbeiter in Südwestafrika konnte sich die Konferenz erfreulicherweise nicht erwärmen. Vor und nach diesen Konferenzen haben sich die Arbeitgeber sowohl wie die Arbeitnehmer mit den Reformplänen beschäftigt. Was die

Arbeitgeberverbände

anbetrifft, so enthält eine bei Eskner in Berlin erschienene Schrift das Programm der deutschen Unternehmerverbände hinsichtlich ihrer Stellung zur sozialpolitischen Gesetzgebung. Danach haben sich die Berufsgenossenschaften bemüht und sind Änderungen in der Unfallversicherung nicht vorzunehmen. Die Invalidenversicherung soll so belassen werden, wie sie ist; nur könnte der Reichsszuschuß (50 Ml. für jede Rente) zugunsten der Witwen- und Waisenversicherung aufgehoben werden. Miße der Unfallanwerbezeit gedeckt werden, dann wird die Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgeschlagen. Die Witwen- und Waisenversicherung solle vollständig auf Kosten des Reichs übernommen werden. Jede Änderung des Krankenversicherungsgesetzes wird abgelehnt und gegen die Vereinheitlichung aller Zweige der Arbeiterversicherung grundsätzlich Protest eingelegt. Daneben fördert dann auch noch eine Gruppe von Unternehmern die Neugründung von Betriebsklassen, andre schwächen wieder für Innungsklassen. Die

Versicherten

dagegen betrachten nur die Ortskrankenkasse als die beste Kassenform und stimmen im übrigen den Leitgeden des Krankenkassentages ohne weiteres zu. Außer der Organisationsfrage aber ist u. a. noch der materielle Ausbau der Versicherungen, die Erhöhung der Leistungen, die Beseitigung ungenügender Bestimmungen usw. zu fordern. Nach dem § 21 des Krankenversicherungsgesetzes können die Krankenkassen nun heute schon wesentliche Verbesserungen einführen, jedoch die große Kassenzersplitterung stellt sich hier mitunter hindernd in den Weg. Soll nun gar erst der Beitrag erhöht werden, um die Kasse in den Stand zu setzen, mehr als die gesetzlichen Mindestleistungen zu gewähren, so sind die Versicherten auf die Gnade der Arbeitgeber angewiesen. Bei den Betriebsklassen gestaltet sich die Sache da noch schlechter.

Erstens hat der Arbeitgeber hier das gesetzliche Vorrecht sich als Vorsitzender der Klasse selbst oder einen seiner Beamten dazu zu ernennen, zweitens aber laufen diejenigen Versicherten, die in der Generalversammlung in einer dem Unternehmer nicht genehmen Weise abstimmen, Gefahr, bei passender Gelegenheit die Arbeit zu verlieren. Deshalb muß die Lösung sein: Fort mit den Betriebsklassen! Diese Forderung muß deshalb nachdrücklich erhoben werden, weil bei angeregten Erhöhungen der Beiträge zwecks Einführung höherer Leistungen der Arbeitgeber in den Ortsklassen sehr häufig mit Errichtung von Betriebsklassen drohen und diese Drohung mitunter auch verwirklichen. Ja, es gibt viele Ortskrankenkassen, die schon längst ihre Unterstützungen erhöht und die damit zusammenhängende Erhöhung des Beitrags vorgenommen hätten, wenn sie nicht befürchten müßten, daß sobald Unternehmer aus der Klasse austreten und eigene Betriebskrankenkassen errichten. Gesetzlich ist sowohl die Kranken- wie die Unfall- und Invalidenversicherung ohne Rücksicht auf das Alter auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen auszudehnen, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden, ganz gleichgültig, welche Beschäftigung für sie in Betracht kommt. Endlich ist das Streitverfahren bei der Krankenversicherung dem der Invaliden- und Unfallversicherung anzupassen, die Klage vor dem Amts- resp. Landgerichte gegen Bescheide der unteren Verwaltungsbehörden also auszusprechen. — Bei der Invalidenversicherung ist die Erhöhung der Renten, Ausdehnung des Heilverfahrens, Unterbringung alleinstehender Renteneinpfänger in Invalidenheim und Herabsetzung der Altersgrenze zur Erlangung der Altersrente zu fordern. Sofern die Versicherten als Pfeiler bei den unteren Verwaltungsbehörden in Betracht kommen, muß aus einem begutachtenden ein beschließendes Organ werden. — Bei der Unfallversicherung muß u. a. prinzipiell die Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften, namentlich aber ihre Mitwirkung bei Festsetzung der Renten gefordert werden. Die Entschädigung soll nicht nach 66% Proz. des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes, sondern nach dem vollen Lohne stattfinden. Würden dann noch die Unfälle des täglichen Lebens, die chronischen Gewerbetraufheiten als Unfälle entschädigt, dann könnte wenigstens einigermaßen von Verbesserungen die Rede sein. Daß die Krankenkassen den Berufsgenossenschaften eventuell 13 Wochen lang die Lasten abnehmen, ist ebenfalls zu beseitigen. Ob die bevorstehende Reform solche Verbesserungen bringen wird, ist zu bezweifeln. Warten wir nun deren Erscheinen ab, und nach demselben kommen wir auf die Materie wieder zurück.

Halle a. S.

M. Gildenberg.

Druckfehlerberichtigung: In dem Artikel II des Kollegen Gildenberg in Nr. 5 muß es auf der ersten Seite, zweite Spalte, 14. Zeile von unten heißen (was der Leser wohl selbst schon berichtigt hat): Landesversicherungsanstalt statt Lebensversicherungsanstalt.

Korrespondenzen.

M-e. Breslau. (Mitgliederversammlung vom 10. Januar.) Nach einem Nachruf für den verstorbenen Kollegen Artur Klose wuf der Vorsitzende Härtel einen Rückblick auf das verlossene Jahr, von dem wir mit Freuden Abschied nehmen könnten in der Hoffnung auf ein besseres. Redner berührte hauptsächlich den wirtschaftlichen Niedergang, der sich am Ende des Jahres auch bei uns durch eine hohe Zahl von Konditionslofen bemerkbar machte. Die Hoffnung auf Besserung dürfte sich erfahrungsgemäß bei uns nur sehr langsam erfüllen. Es wäre daher nicht unangebracht, wenn sich unsere Tarifbehörde mit dieser Erscheinung befaßte und Mittel und Wege zur Verminderung der Konditionslosigkeit beriete. Neben einer weitmöglichsten Einstellung von Personal zur Vermeidung von Überstunden wäre der Prinzipalität hauptsächlich eine Einschränkung der Belegschaftszahl zu empfehlen. Doch darüber hinaus werde es wohl auch Sache des Zentralvorstandes sein, sich mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit außerordentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um den unter der Krise besonders hart leidenden Mitgliedern beizustehen, wenn dieser ausnahmsweise Zustand andauern sollte. Redner empfahl seine Anregung den Gauvorständen zur Erwä-

gung. Hierauf wurde von den beiden Kartellbelegten Duabius und Richter Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells erstattet. Unser Gewerkschaftshaus prosperiere leider nicht so, wie es zu wünschen wäre. Auch unsere Mitglieder müßten ihr Miteigentum, das gegenwärtig unter der Verwaltung eines tüchtigen Otonomen steht, besser frequentieren. Zu Kartellbelegten wurden die Kollegen Richter und Duabius wiedergewählt. Über die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichts hielt sodann Kollege Steinbrecher als dessen Gehilfenvorsitzender einen anderthalbstündigen, sehr lehrreichen Vortrag. Der Vortragende hob hervor, daß sich trotz der Einschränkung des Geschäftsbereichs (1906 umfaßte dieser noch die Provinzen Schlesien und Pommern, 1907 nur Schlesien und 1908 nur den Regierungsbezirk Breslau) die Zahl der eingegangenen Klagen nicht verringert habe, sondern sich gegen 1907 von 20 auf 26 vermehrt hätte. 24 Klagen seien von Gehilfen anhängig gemacht worden, zwei von Prinzipalen. Von den 24 Gehilfenklagen lauteten neun auf Maßregelung, fünf auf Entschädigung wegen plötzlichen Entlassens, fünf auf Zurückzahlung von Lohnabzug wegen Makulaturdrucks, drei auf Entlassung von Gehilfen, eine auf Bezahlung der 50 Pf. wegen Verletzung der Mittagspause und eine auf Bezahlung eines Feiertags. Von den 24 Klagen hatten 13 vollen Erfolg, bei zwei kam eine Einigung zustande, sieben Kläger betamen Unrecht, eine Klage wurde nicht angenommen und eine zurückgezogen. Von den Prinzipalen erfolgte eine Klage wegen Kontraktbruchs und eine auf Schadenersatz. Medner legte sodann nach näherem Eingehen auf die einzelnen Fälle seinen weiteren Ausführungen das statische Material sämtlicher Schiedsgerichte sowie die Verurteilungen bei dem Tarifamt zugrunde. Die §§ 10, 73 und 82 spielten im allgemeinen wie auch in unserm Schiedsgerichtsbezirke die größte Rolle und verdienten auch die größte Beachtung. Daß die Prinzipale prozentual öfter Recht bekämen, erklärte sich dadurch, daß dieselben eine Klage nur dann anhängig machen, wenn sie ihrer Sache ganz sicher sind. Medner erläuterte hierauf noch die Anhängigmachung einer Klage und ging noch des näheren auf einzelne Bestimmungen des Tarifs ein. Sichtlich Interesse und großer Beifall lohnten dem Medner für seine begiegnen Ausführungen. Von der Nominierung eines Kollegen als Stellvertreter für das Kreisamt nahm die Versammlung Abstand, dieses der Provinz überlassend, ebenso von der Nominierung eines Schiedsgerichtsvertreters für den verzagenden Maschinenseherkollegen Paul Hiesler, dieses der Maschinensehervereinigung überlassend. Unter „Mittelungen und Fragen“ äußerte sich der Vorsitzende im besondern zu der abermals erfolgten Entlassung eines Bezirksvorstehenden in unser Provinz. Ohne dem Schiedsprotokoll der Instanzen vorzugreifen, sprach man die Erwartung aus, daß das Tarifamt diesen Fall einer gründlichen Untersuchung unterziehen möchte. Im Wechnachtsunterstützung wurden verausgabt aus der Ortskasse 450 Mk. und aus dem Wohltätigkeitsfonds 210 Mk., insgesamt also 660 Mk. — Zu der Vertichtigung des Herrn Abend bemerkt der Vorsitzende Härtel folgendes: Es hätte genügt, wenn Herr Abend einfach die Verrechnung der Buchdrucker mit den Buchbindern berichtet und sich mit dem dem Maschinenmeister gemachten Vorwurfe beschäftigt hätte. Das unterläßt jedoch aus begründlichen Gründen Herr Abend und erhebt statt dessen den verdeckten Vorwurf, als habe das Graphische Kartell unter meiner Leitung seine Aufgabe nicht erfüllt. Demgegenüber habe ich folgendes zu konstatieren: Im ersten Jahre des Bestehens, in welchem ich die Leitung hatte, haben außer zwei öffentlichen Versammlungen mehrere Sitzungen stattgefunden, die sich mit Berufsaussagen, u. a. mit dem damaligen Lithographenfreier, beschäftigten. Nach Ablauf des Jahres ging die Zeitung gemäß eines Beschlusses, daß jeder dem Graphischen Kartell angeschlossene Verband ein Jahr die Zeitung übernimmt, an den Vorsitzenden des Verbandes der Lithographen und Steinbrücker über. Wenn dieser keine Veranlassung nahm, Sitzungen, selbst nicht einmal die vorgeschriebene Jahresfestigung, abzuhalten, so ist dies seine Sache, und Herr Abend wußte, wohin er sich zu wenden hatte. Er hätte um so mehr dazu Veranlassung gehabt, als ihm oder dem Buchbinderverbande die Zeitung nunmehr zukam. Wo steht nun die Vernachlässigung? Was die Unrennung anbetrifft, so meint Herr Abend jedenfalls die Abfuhr, die ich ihm gutwillig werden ließ, als er sich annahm, unsere Tarifabmachungen herabzuwürdigen und u. a. äußerte, unser Tarif degradiere die Maschinenmeister zu Streikbrechern. Meine Absicht, lokale Streitigkeiten durch das Graphische Kartell zu klären und zu beseitigen, wurde nicht zum wenigsten gerade durch Herrn Abend durchkreuzt, so daß auch ich einen Schritt in die Öffentlichkeit tun mußte.

Licenz. Wie schon so oft, ist es wieder die hiesige Firma S. Krumphaar, die anlässlich der Lokalzuschlag-Einführung von sich reden macht, weil sie einen ihr unangenehmen Arbeiter kurzerhand aufs Pfahle setzte. Am ersten Jahrtag im neuen Jahr, an welchem der vor zwei Jahren für Viegnitz festgesetzte Lokalzuschlag zum ersten Male zur Auszahlung gelangte, wurde unserm Orts- und Bezirksvorsitzenden Jänisch die Mitteilung für seine Arbeit zur Erreichung eines Lokalzuschlags dadurch gutteil, daß ihm seine seit sieben Jahren innegehabte Stelle gekündigt wurde, trotzdem noch eine Anzahl (zum Teil unverschämter) Kollegen nach ihm eingestellt ist. Grund: Arbeitsmangel!!! Eine bei der Geschäftsleitung vorstellige Kommission konnte die Herren Krumphaar nicht zur Rücknahme der Kündigung bewegen. Auf die Vorschläge, das Personal abwechselnd auszuheben zu lassen

oder einen von zwei andren Kollegen, die sich freiwillig zum Aufheben erboten hatten, zu entlassen, ging die Geschäftsleitung nicht ein. Sie blieb auf ihrem Standpunkte, sie könne entlassen, wenn sie wolle, bestehen und verweies die Kommission schließlich auf einen tariflichen Schiedsprotokoll. Auch den fast dreistündigen Bemühungen des Gausvorsitzers Fiedler gelang es nicht, den goldenen Mittelweg zu finden. Nachdem am Tage vorher sich eine Druckerversammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigt hatte, sprach man sich in der Ortsvereinsversammlung am 9. Januar nochmals gründlich darüber aus. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshaus abgehaltene Generalversammlung des Ortsvereins Viegnitz erblidet in der Kündigung ihres Vorsitzenden und Bezirksvorsitzenden Kollegen Jänisch eine direkte Maßregelung und bebauert aufs lebhafteste, daß nach den Bestimmungen unserer tariflichen Gesetze gegen ein solches Vorgehen nicht energisch Front gemacht werden kann.“ Gern stimmte die Versammlung dem Vorschlage zu, um unsern bewährten Kollegen Jänisch vor materiellen Schaben zu bewahren, die Differenz zwischen Unterstützung und bisherigem Arbeitsverdienst für die Dauer der Konditionslosigkeit aus der Ortskasse zu decken, wozu freiwillige Beiträge erhoben werden sollen. Unter „Verchiedenes“ gelangte zur Kenntnis, daß die Einführung des Lokalzuschlags in allen hiesigen Druckereien glatt vor sich ging. Einige Prinzipale haben den Lokalzuschlag nach oben abgerundet bis zur vollen Mark. Die größte und leistungsfähigste Druckerei am Plage, S. Krumphaar, aber zahlt den Lokalzuschlag „in wohlwollender Weise“ auf den Pfennig ausgerechnet. Mit Entrüstung wies die Versammlung die Ratsschläge des Kreisvertreter der Prinzipale, Herrn Buchdruckereibesitzer Friedrich (Breslau), zurück. Dieser hatte nämlich den Vertrauensmann der Druckerei Krumphaar, den Kollegen Mangel, durch Telephon aufgefordert, „das Personal von unüberlegten Schritten abzuhalten, da die Viegnitzer Gewerkschaft immer sehr voreilig handle.“

Wotsdam. (Erwiderung.) Das „Chronologische Bild“ der in Nr. 3 des „Korr.“ unter Stettin enthaltenen Vertichtigung ist wohl richtig, aber die Handbemerkungen stimmen nicht. Erstens irrt wohl Kollege D., wenn er behauptet, daß auf der Bezirksvorsteherkonferenz ein ins einzelne ausgearbeiteter Teilungsplan vorlag. Oder meint er etwa das vom 1. September 1908 datierte Zirkular, welches noch nicht einmal die Mitgliederzahl der Druckerei enthielt? Zweitens: Die sogenannten Hauptantragsteller (Wotsdam-Spanbau-Franfurt) hätten bestimmt eine genaue Vorlage gemacht, wenn sie gemüßt hätten, daß aus einigen Druckorten die halbe Provinz Brandenburg gemacht wurde. Drittens liegen die Verhältnisse so, daß nach dem Gütigkeitsbeschlusse die sachgemäße Abgrenzung drei Faktoren (Zentral- und Gausvorstand unter Einziehung der Bezirksvorsteher) übertragend wurde. Viertens ist es einem Wotsdamer Kollegen oder mir niemals eingefallen, der Sache einen persönlichen Anstrich zu geben. Diesen Nachweis kann Kollege D. nicht erbringen, und dieserhalb wäre es auch besser gewesen, der letzte Satz der Vertichtigung sähe heute noch im Tintenfaße.

Paul Krüger.

Anmerkung der Redaktion: Der Einfunder und Verfasser setzte selbst an den Schluß dieser Erwiderung das Wort: Schluß! Wir hoffen und erwarten, daß bei den übrigen „Grenzkommissaren“ dieser Wunsch ein ebenso dringender ist wie bei uns.

Magdeburg. In der Januarversammlung unseres Ortsvereins konnte über die glatte Einführung des auf 12% Proz. erhöhten Lokalzuschlags berichtet werden. Die gewährten Zulagen betragen bis zu 1,50 Mk., wobei die mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohnenten verhältnismäßig am vorteilhaftesten abschnitten. Nur in einer Druckerei, dem „Generalanzeiger“, glaubte man mit Repressalien antworten zu müssen. Seit Jahren bezogen dort die Kollegen einen Mietszuschuß von 40 Pf., der nun in Fortfall kommen soll. Da die Beteiligten dies als eine Verschlechterung bestehender Lohnverhältnisse betrachten, werden sie die Tarifinstanzen anrufen. In der Versammlung äußerte sich allgemeiner Unwille und allseitige Entrüstung über das Vorgehen des „Generalanzeiger“, der bei seiner Rentabilität die wenigste Veranlassung zu derartigen Maßnahmen habe. Bei einigem Verständnis für Leistung und Gegenleistung müßten bei der anstrengenden Arbeitsmethode und der unglücklichen Arbeitszeit, anstatt Verschlechterungen einzuführen, den dort Beschäftigten ganz wesentliche Lohnaufbesserungen gewährt werden. Für den Fall, daß die Klage für die Gehilfen einen ungünstigen Verlauf nehme, wurde die Einberufung einer öffentlichen Buchdruckerversammlung verlangt, in der das Verhalten jener Geschäftsleitung einer Kritik unterzogen werden soll. In ausführlicher Weise berichtete Kollege Herwig über die in Halle am 20. November abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz. Der Bürgerwechsel, der bisher Sonntag vormittags stattfand, wurde auf Montag abends von 6-9 Uhr verlegt. Ebenso soll der Sonntagsbureaudienst des Verwalters von nun an in Fortfall kommen. Begünstigt wurden diese beiden Beschlüsse mit der gewerkschaftlichen Forderung der Sonntagsruhe. Unserm Verwalter wurde eine Gehaltsaufbesserung von jährlich 50 Mk. bewilligt, und für die Ausgeschiedenen und Nichtbezugsberechtigten wurde der alte Unterstützungssatz von 4 Mk. beibehalten. Eine Anfrage, wie sich die Versammlung zur geplanten Inflationsteuer stelle, wurde dahin beantwortet, daß Protestresolutionen der einzelnen Ortsvereine wirkungslos verfallen; am Plage wäre doch hier gewesen, wenn der Zentralvorstand bei einer Steuer-vorlage, die in unsern Beruf so tief eingreift, die

Initiative ergreifen und in einer ausgearbeiteten Eingabe an den Reichstag analog dem Buchdruckerverein alle Ortsvereine aufgefordert hätte, hierzu Stellung zu nehmen und sich dieser Eingabe anzuschließen.

Rundschau.

Ferien! Die Wuppertaler Aktienbruderei in Elberfeld teilte ihrem Personale mit, daß den seit fünf Jahren im Geschäft tätigen Kollegen sechs Tage Ferien bewilligt werden, jedoch mit der Klausel, daß die katholischen Feiertage, an denen nicht gearbeitet wird, in Anrechnung kommen. Es war dies bisher nur ein Feiertag. — Ferner wurden zur Erinnerung an den Übergang der Druckerei des „Koburger Tagblatt“ in den Besitz des Herrn Friedrich Colbacht dem Personale jährlich drei Tage Ferien bewilligt. Bedingung: zwei Jahre Karenz.

Über die Meisterprüfungsordnung für das Buchdruckgewerbe im Bezirke Hannover sind in der „Zeitschrift“ interessante Grundzüge veröffentlicht. Praktisch solle sich die Prüfung erstrecken auf die Infertigung von Arbeitsproben unter Aufsicht eines fachtechnisch gebildeten Mitglieds der Prüfungskommission. Theoretisch wird verlangt: Kalkulation, einfache Buchführung, Wechselrecht, Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung, des Genossenschaftswesens, der vom Bundesrat erlassenen Vorschriften für den Betrieb von Buchdruckereien, der Gewerbeordnung, des Pressgesetzes und des Urheberrechts. Hinsichtlich der Kalkulation wird vollständige Berechnung eines Werks, eines Katalogs, tabellarischer und merkantiler Arbeiten gefordert. Genauer Kenntnis der Geschäftsgebräuche im Verkehr mit Auftraggebern, Lieferanten und Prinzipalen, wie sie im Deutschen Buchdruckpreistarife niedergelegt sind, bildet eine selbstverständliche Voraussetzung für das Bestehen der Prüfung. Gehilfen unter 24 Jahren werden zur Meisterprüfung jedoch nicht zugelassen. Abgesehen von der letzten Einschränkung, so weit es sich sonderbarer Weise ausschließlich gegen Gehilfen zu handeln scheint, kann diese Prüfungsordnung als mustergültig angesehen werden, deren objektive Anwendung unzweifelhaft manche unfähige Elemente dem Gewerbe fernhalten wird. Daß aber der Herr Richterstatter in der Prinzipalversammlung des Bezirks Hannover sich diese Hebung des daniederliegenden Gewerbes von der Bestimmung verspricht, daß Gehilfen unter 24 Jahren von der Prüfung ausgeschlossen bleiben, kommt uns sehr sonderbar vor, denn so viel uns bekannt ist, gilt das Alter von 24 Jahren zur Erwerbung des Meistertitels gesetzlich nicht nur für Gehilfen, sondern für alle, welche sich der Meisterprüfung unterziehen wollen.

Auch ein feiner Ortsverein! Aus dem Inhaltsverzeichnis von 1908 „das „Typ.“ kann man ersehen, was „alles“ Ortsverein genannt wird. Unter der Rubrik „Ortsvereinsberichte“ ist auch ein Bericht des Ortsvereins Wilhelm a. Rh. (Gutenbergsbund) angeführt. Also ein feiner Ortsverein von sage und schreibe zwei Mitgliedern! Ein würdiges Seitenstück zum Zwidauer „feinen Ortsverein“, der aus einem Hilfsarbeiter sowie einem in Kirchberg und einem in Chemnitz konditionierenden Gehilfen besteht — oder bestand. Denn momentan sind wir nicht in der Lage, zu sagen, ob das interlokale Dreimännerkollegium, so sich Ortsverein Zwidauer des Gutenbergsbundes nennt, nicht bereits wieder eine Umwandlung nach unten erfahren hat.

Die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Buchdruckereien in Nürnberg-Fürth und Mainz haben mit den Prinzipalen einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die allgemeinen Bestimmungen wurden dabei ohne Einschränkung anerkannt.

Der 35. deutsche Handelstag in Berlin sprach sich in einer scharfen Resolution gegen den Entwurf des Inflationsteuergesetzes aus, konnte aber auch für den Arbeitskammeregesetzentwurf keine Sympathie finden.

Die „Farmer Zeitung“ (Fr. Staats) vollendete am 1. Januar ihren 75. Jahrgang.

„Christliches Gewerkschaftsprinzip!“ Ein Agitator der katholischen Fachabteilungen in Trier, Schriftseher Gerens (früher Verbandsmitglied), war mit dem Bürgermeister Feyes in einer Versammlung zusammengekommen, worüber Gerens später in einer Witzhaft gehandelt wurde, was diesen wiederum zu einer unbedachten Äußerung über den Bürgermeister hinreißte. Einige christliche Gewerkschaftler waren Zeuge dieses Vorfalls und betrachteten es als willkommene Gelegenheit, an dem Herrn „Fachabteiler“ Rache zu nehmen, und flugs denunzierten sie Gerens bei dem Bürgermeister. Die Folge war eine Beleidigungsklage, die dem unglücklichen Fachabteiler Gerens eine Geldstrafe von 30 Mk. einbrachte. Später hatte der letztere Gelegenheit, mit den Denunzianten in einer Witzhaft zusammen zu kommen, und sagte zu einem derselben (Vorstandsmitglied Weder der christlichen Fachstelle Feyes): „Wie kommt Du dazu, mich so zu denunzieren?“ Prompt erwiderte darauf der Befragte: „Ja, Gerens, wir sind sonst ganz gute Freunde, aber was wir getan haben, das war Gewerkschaftsprinzip!“

Preßprozeß. Das Chemnitzer Schöffengericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Bartels, zu 100 Mk. Strafe wegen Beleidigung des Stadtrats Schwankung, jenes Stadtrats, der all die bekannten Verfügungen gegen den Chemnitzer Ortskrankenkassenvorstand und die Ortskassenwahl erlassen hat.

Der Reichstag nahm am 12. Januar seine Verhandlungen wieder auf und begann mit der Beratung von Petitionen. Zunächst handelte es sich um eine Eingabe des Allgemeinen Bergarbeiterverbandes in bezug auf Bergwerbegerichte. Die Petenten verlangen 1. die Besetzung der Bergwerbegerichte mit fünf Personen einschließlich des Vorsitzenden, 2. Zulassung der Arbeitersekretäre als Prozeßbevollmächtigte, 3. Zulassung der Berufung ohne Rücksicht auf den Wert des Streitobjekts, 4. obligatorische Funktion des Bergwerbegerichts als Einigungsamt auf Anrufung der Mehrheit der Arbeitgeber oder Arbeiter. Die Petitionskommission stellte den Antrag, die dritte Forderung als Material und die übrigen zur Berücksichtigung zu überweisen. Von der Zentrumsparthei wurde bei der Debatte über die Kommissionsvor schläge ein regelrechter Gieranz ausgeführt. Obwohl z. B. der Zentrumsabgeordnete Trimborn anerkannte, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, wenn die Bergbesitzer sich bei den Bergvergerichten durch ihre Profuristen vertreten lassen, während die Arbeitersekretäre, Gemeinlichkeitsbeamte usw. als Prozeßbevollmächtigte ausgeschlossen sind, konnte er sich doch nicht für den Kommissionsantrag aussprechen, weil man kein Vertretermonopol für eine gewisse Klasse von Privatbeamten schaffen könne. Der Abgeordnete Sachse (Bergarbeiter) polemisierte gegen diesen sonderbaren Standpunkt in sehr überzeugender Weise, sich ganz besonders auf die schriftlichen Gewerkschaftsführer berufend. Die Zweispaltigkeit der Zentrumsparthei führte denn auch bei der Abstimmung über den Kommissionsantrag zu einem beachtlichen Intermezzo, indem zuerst die Mehrheit des Hauses für den Kommissionsantrag stimmte — darunter auch Herr Trimborn! Dies fiel dem Herrn Vizepräsidenten Paasche auf; er fühlte sich aus irgenwelchen Gründen veranlaßt, Herrn Trimborn auf diesen Widerspruch gegenüber den vorhergegangenen Verhandlungen aufmerksam zu machen und dementsprechend die Abstimmung als ein Mißverständnis zu bezeichnen. Dieses „Mißgrasteifen“ hatte bei den Zentrumsparthei dann auch den Erfolg, daß bei einer nochmaligen Abstimmung der Kommissionsantrag nicht die Mehrheit erhielt, mithin abgelehnt war, und nun nach dem Antrage Trimborns die Zulassung von Arbeitersekretären und Gemeinlichkeitsbeamten als Prozeßbevollmächtigte bei den Bergvergerichten der Regierung nur als Material, statt zur Berücksichtigung überwiegen gilt. Man kann nun gespannt sein darauf, wie dieser Vorfall von den maßgebenden Personen im christlichen Gewerkschaftslager aufgenommen wird. Es haben zwar die christlichen Gewerkschaftsführer und Reichstagsabgeordneten Giesberts und Schiffer bei der in Frage stehenden Abstimmung dem Herrn Trimborn keine Erfolgsgläubigkeit, sondern mannhaft den Arbeiterstandpunkt vertreten, ob aber der Gang nach Kanossa in diesem Falle lange auf sich warten läßt, gestatten wir uns zu bezweifeln. Im übrigen hat der Reichstag am 12. Reichstagsparthei in diesem Jahr auch kein erfreuliches Resultat mehr. Abgesehen von der Überweisung einer Petition um Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Gasmittelgehilfen als Material an die Regierung, kam eine weitere Eingabe betreffend die Anstellung von Baukontrolloren aus dem Arbeiterstande überhaupt nicht mehr zum Abschluß, und deren Weiterberatung in nächster Sitzung fiel durch Widerstand des Präsidenten sogar in die Versenkung, aus der sie wohl so schnell nicht mehr hervorkommen dürfte.

Arbeitslosenzählung in Nürnberg. Über das Resultat der Arbeitslosenzählung, die der Stadtmagistrat von Nürnberg am 10. Dezember von Haus zu Haus vornahm, wird jetzt endlich einiges mitgeteilt. Es wurden als arbeitslos gezählt 2295 männliche, 220 weibliche, zusammen 2515 Arbeitslose. Das Baugewerbe stellt 604, die Maschinenindustrie 512, die Metallverarbeitung 379, die Holzindustrie 21, das Handels- und Transportgewerbe 168 Arbeitslose u. v. m. Von den Arbeitslosen sind 825 verheiratet, 55 verwitwet, 11 geschieden, die übrigen unverheiratet. Zu berücksichtigen ist, daß bei den Notstandsarbeiten, die Gemeinde und Staat veranstaltet, über 1000 Arbeitslose Beschäftigung gefunden haben und diese hier nicht mitgezählt sind.

Arbeiterkontrollen im Bergbau. Bei der Konferenz im preussischen Handelsministerium ist sowohl dem Bergbauverein als auch den Arbeiterführern der Entwurf einer Vergesehnovelle vorgelegt worden, der allerdings nur wenige generelle Grundzüge enthält. So ist diesem Entwurfe zu entnehmen, daß aus allgemeiner, geheimer Wahl hervorgehende Arbeiterkontrollen für jedes Steigerrevier eingestellt werden sollen. Auf die einzelnen Begehren sollen — je nach der Größe — sechs bis zwölf Kontrollen entfallen. Diese dürfen jederzeit in Begleitung eines Begehrenden die Grube betreten. Sie tragen ihre Monita in ein besonderes Buch ein. Falls Gefahr vorliegt, muß auf ihr Verlangen sofort der staatliche Revierebeamte benachrichtigt werden. Die Arbeiterkontrollen bleiben aber im Arbeitsverhältnis und werden von der Begehe bezahlt.

Der Skandal von Rabbod. Die von dem allgemeinen Sammelstellen aufgebrachtene Spenden für die Hinterbliebenen der Rabbodopfer in Höhe von etwa einhalb Millionen Mark soll nach verschiedenen Meldungen nicht verteilt, sondern als Kapital angelegt werden, um daraus Renten zu zahlen. Eine von den Witwen der Getöteten stark besuchte Versammlung beschäftigte sich mit dieser Frage und konnte sich begreiflicherweise mit dieser Regulierung der Sache nicht einverstanden erklären. Auch wurde bittere Klage darüber geführt, daß beabsichtigt sei, uneheliche Kinder der Ge-

störten oder solche Hinterbliebenen, deren Verhältnis mit den Opfern nach Ansicht überpanneter Moralisten nicht ganz einwandfrei gewesen, von der Unterstützung überhaupt auszuschließen; auch die durch die Katastrophe arbeitslos Gewordenen sollen nicht berücksichtigt werden. Ein solches Verfahren wäre ein ganz widerlicher Skandal, der nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann.

Eine nationale Spaltung im österreichischen Metallarbeiterverbande verläuft das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Eine am zweiten Weihnachtstage v. J. in Prag abgehaltene Landeskonferenz der tschechischen Ortsgruppen des genannten Verbandes kam u. a. zu der Entscheidung, daß im Rahmen des Verbandes die notwendigen Bedingungen, die zur Entwicklung der Organisation in Böhmen nötig, nicht zu erlangen sind und alle Vorbereitungen zur Gründung eines selbständigen Verbandes tschechischer Metallarbeiter zu treffen seien. Von den Prinzipien des internationalen gemeinsamen Fortschritts des Proletariats soll trotzdem unter keinen Umständen abgewichen werden!!

Rückgang des Kleinwerbes — Vermehrung der Großbetriebe. Als hervorsteigende Merkmale der amtlichen gewerblichen Betriebsstatistik für das Königreich Preußen sind nachstehend speziell zusammengefaßte Hauptergebnisse einer besonderen Würdigung wert. Innerhalb zwölf Jahren, von 1895—1907, sind die handwerksmäßigen Kleinbetriebe (Betriebe ohne Hilfspersonen und Motoren) von 951642 auf 784197, gleich 17,6 Proz. zurückgegangen. Dagegen erfuhr die Mitinhaber-, Gesellen- und Motorenbetriebe eine Vermehrung von 791699 auf 1111300 oder um rund 40 Proz. Für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung sind diese Veränderungen von grundlegender Bedeutung. Einmal wird dadurch die Fragwürdigkeit des Sprichworts vom Handwerk mit dem goldenen Boden immer greller beleuchtet, indem tausende noch fragwürdiger Meistertempel der Weg alles Zeitlichen gegangen sind. Umgekehrt ist durch das Emporwachen kleiner Betriebe zu mittleren und mittleren zu größeren die Vermehrung und Verschärfung des Abhängigkeitsverhältnisses immer größerer Volkschichten bedingt. Eine Umwälzung, die im gegenwärtigen Arbeitsloseneind eine unheilvolle Quittung findet. Ferner findet in der vorliegenden Statistik auch die bis dato weitverbreitete Auffassung, als hätten sich nur die Kleinbetriebe verringert, dagegen die Kleinbetriebe oder solche, in denen bis zu fünf Personen beschäftigt sind, vermehrt, eine sehr deutliche Korrektur. Es ist danach festzustellen, daß seit 1895 die Zunahme dieser Kleinbetriebe 6 Proz. und die der Personenzahl in denselben 12 Proz. beträgt, während die Betriebe mit über fünf Personen sich um 44,5 Proz. und deren Personenzahl um 66,5 Proz. sich steigerten. Die eigentlichen Großbetriebe (600 Arbeiter und darüber), hauptsächlich im Handelsgewerbe und Bergbau, verzeichneten sich in ihrer Zahl um 70 Proz. und in der Arbeiterzahl um 89 Proz.

Über die Opfer an Leben und Gesundheit im Dienste der Arbeit des Jahres 1907 geben die soeben erschienenen Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften erschreckende Zahlen. 9815 Tote und 134888 Schwerverwundete, darunter 61449 dauernd Erwerbsunfähige, sind danach das Fazit des Segens der Arbeit. Die Gesamtzahl der Unfälle überhaupt im Berichtsjahre betrug 662901, gegen das Jahr 1906 eine Steigerung um 17318 Unfälle, 674 Tote und 4308 Schwerverwundete.

Viktoria. Die im „Korr.“ schon öfters gekennzeichnete Versicherungsgesellschaft Viktoria in Berlin, welche in den letzten Jahren aus Differenzen mit ihren Angestellten nicht herauskam, hat es abgelehnt, mit dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen zu verhandeln, weil sie keine „Einstimmung fremder Elemente“ wolle.

Steigerung der Lebensmittelpreise. Die enorme Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel in den letzten Jahren läßt sich in einem Vergleiche der Preisstufen vom Monate Dezember des Jahres 1900 und dem gleichen Monate von 1908 sehr deutlich feststellen. Die Resultate der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ ergeben demnach unter Zugrundelegung des Durchschnittspreises von 23 verschiedenen Marktorien für Dezember 1908 gegenüber Dezember 1900 folgende Verteuerung: für Eier 54,5 Proz., Speck 12,8 Proz., Rindfleisch 14,7 Proz., Schweinefleisch 18,9 Proz., Hammelfleisch 17,7 Proz., geräucherter Speck 12,5 Proz., Gebäutter 13,6 Proz., Schweinefleisch 10,2 Proz., Weizenmehl 16,6 Proz. und für Roggenmehl 16,1 Proz.

Eine Abänderung des Gewerbevertragsgesetzes in Belgien brachte den Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Demnach sind die Frauen nicht nur wahlberechtigt, sondern auch selbst wählbar. Dasselbe Verhältnis besteht auch schon seit längerer Zeit in Frankreich, in Deutschland dagegen noch nicht.

Die Stultkatoren in Hannover wurden ausgesperrt. Die Meister verlangen unter allen Umständen Anerkennung der von der Innung beschlossenen Arbeitsordnung. Diefelbe sieht außer einer Verlängerung der Arbeitszeit noch eine Reihe anderer Verschlechterungen vor. Dies lehnten die Arbeiter ab und darauf erfolgte die Aussperrung.

Eingänge.

Die Novelle zur Gewerbeordnung vom 9. Dezember 1908, von Artur Stabthagen. Verlag: J. G. W. Diez Nachf. Preis 20 Pf.

Gestorben.

In Dresden am 10. Januar der Seher Bruno Sergel, 33 Jahre alt — Lungenleiden.
In Düsseldorf am 3. Januar der Seher Joseph Kremin, 43 Jahre alt.
In Fachsenheim am 30. Dezember der Buchdrucker Franz Sorg aus Wilschhofheim (Kr. Jena), 19 Jahre alt.
In Hamburg am 11. Januar der Drucker Willi Schmadt von dort, 29 Jahre alt.
In Königsberg i. Pr. am 9. Januar der Seherinvalide Hermann Fromde, 70 Jahre alt — Herzschlag.
In Leipzig am 5. Januar der Seher Karl Nordmann aus Schkeuditz, 24 Jahre alt — Lungenleiden.
In London am 16. Dezember der Seher John Galbraith.
In Mainz am 9. Januar der Druckerinvalide Jul. Lauriolla, 85 Jahre alt.
In Neustrelitz am 9. Januar der Seher Ludwig Freitag aus Bihow i. M., 39 Jahre alt — Herzschlag.
In Plauen am 6. Januar der Seher Karl Mühlmann von dort, 43 Jahre alt — Blasenleiden.
In Tschchen am 5. Januar der Buchdruckereibesitzer Adolf Wehnert aus Sibau i. S.
In Würzburg am 8. Januar der Seherinvalide Andreas Wilhelm aus Höchberg, 28 Jahre alt.

Briefkasten.

N. M. in M.: 1. Wir haben doch schon oft gebeten, bei unterschiedlichen Einwendungen die einzelnen Manuskripte so geordnet zu schreiben, daß sie entweder gut auseinanderzuschreiben oder bequem zu verteilen sind, Sie mußten aber die Rückseite des einen Blattes noch mit einer ganz andern Angelegenheit in Beschlag nehmen. Bedenken Sie doch, daß nicht nur in der Redaktion bzw. Expedition die einzelnen Rubriken des „Korr.“ ihre besonderen Bearbeiter haben, sondern auch in der Seherie nicht alles was Kraut und Rüben durcheinandergerworfen wird. Diese Mahnung könnten übrigens noch mehr Funktionäre beherzigen! 2. Warum denn gegen den vom Wahrheitshelden Hoffaj der Verächtigung des Kollegen Rothensbüder im „Typ.“ angehängten Schwanz noch einmal im „Korr.“ polemisieren? Der Mustergriff Kiffel ist im Verbandsorgane genigend gekennzeichnet und Monsieur Hoffaj muß doch lügen, daß sich die Balken biegen. Das ist nun einmal sein Geschäft. Die andre Sache ist jedoch verwendet. — G. D. in Passau: Die genaue Adresse vom „The American Printer“ ist: Oswald Publishing Company, 21 City Hall Place, New York, City (U. S. A.). — U. J. in U.: Dr. Bouglés Karte an Sie besagt, Sie möchten ihn in französischer Sprache schreiben. Da der Zweck aber auch anders zu erreichen ist, so lassen Sie das und schreiben lieber einmal an die Buchhandlung Franz Ohme in Leipzig, Universitätsstraße, mit genauer Titel- und Verfasserangabe und lassen sich das Buch Ihrer Mächtigkeitspenden. Bitte größere Buchhandlung wird das Werk besser ausfindig machen! Können. — O. Sch.: Überlegung erfolgt von anderer Seite, weil wir nicht im Besitze von gedruckten Exemplaren. — U. G. in M.: Die Steuerbehörde kann bei Ihrem Prinzipale wegen des Steuerstandes in D. den Lohn beschlagnahmen. Der Betrag kann aber nur in Raten in U. bezogen werden. In den einzelnen Bundesstaaten sind die Fristen verschieden bemessen, innerhalb welcher Steuerreste eingetrieben werden können; in Sachsen z. B. ist sie auf drei Monate nach dem Fälligkeitstermine bemessen. — Tarifreues Verbandsmitglied: Hier war bis Donnerstags mittag nichts aus jener Differenzen Bewegungsbewegungen von dort eingegangen. Ihre Darstellung wird mit dem Gauvorstand übermittelt, den ja sowieso die Sache beschäftigen muß. — R. Sch. in Berlin: 5,15 Mk.

Verbandsnachrichten.

Düsseldorf. Änderungsanträge zum Statut sind bis zur nächsten Versammlung an den Vorsitzenden einzureichen.
Essen. Die Seher Hünen (Essen) und Kromelestein (jetzt Düren) werden aufgefordert, ihre entliehenen Bücher baldigst abzuliefern, da der Vorstand im Unterlassungsfalle sonst schärfere Maßnahmen ergreift. An alle Kollegen, welche mit ihren Büchern länger als sechs Wochen im Rückstande sind, ergeht dieselbe Aufforderung. Bibliothekszimmer am 1. Januar i. Stage.
Fürth i. B. Wegen ausgebrochener Tariffdifferenzen stehen die Kollegen in der Buchdruckerei G. König (früher Max König) in Kündigung.
Mett. Die Hauptbuchnummer 74572 des Sehers Georg Koch aus Oberbach am Redar ist in die Nummer 745.6 umzuändern. Die verstorbenen Funktionäre sind höchlichst gebeten, diese Änderung vorzunehmen.
Reit. Der Seher Kurt Fischer, geboren in Leuchern, zurzeit in Leipzig in Kondition, wird um seine genaue Adresse an G. König, Gartenstraße 12 p., gebeten.

Abwesenheitsänderungen.

Bezirk Wismar. Vorsitzender: Gust. Nagel, Wasserplan 4b; Kassierer: Ernst Böwel, Marienstr. 28.
Wairuth. Vorsitzender: Christoph Sendel, Gabelsbergerstraße 7 p.; Kassierer: Christian Ordnung, Maxstraße 76 II.
Borna. Vorsitzender: Oskar Kirchner, Heinrichstraße 1 II; Vertrauensmann und Kassierer: Robert Junnerthal, Kirchstraße 16.
Donauwörth. Vertrauensmann: Max Reindl, Reichstraße 178; Kassierer und Reisetasserverwalter: Josef Rudolph, Kugelsplatz 118.

Giffhorn (Hann.). Vorsitzender: Wilh. Markmann, Braunschweiger Straße 7a; Kassierer: Herm. Schlinger, Hauptstraße 38.

Göppingen (Württb.). Vorsitzender: Aug. Kienle, Frühlingsstraße 11 p.; Vertrauensmann: G. Strobel, Osterbachstraße 20 p.

Gäfrow. Vorsitzender: Max Seemann, Brunnenplatz 26; Kassierer: Friedrich Ohje, Fehlfstraße 31.

Gamm i. W. Vorsitzender: Th. Lohmann, Rentrop Weg 5; Kassierer: Paul Rothe, Südenwall 15 I; Reise-Kassierer: Heinrich Hamann, Brüderstraße 4.

Gomburg v. d. S. Vorsitzender: Fritz Storch jun., Neue Mauerstr. 10 I; Kassierer: Karl Müller, Ruisenstr.

Leipzig. (Maschinenseher.) Vorsitzender: Maximilian Sed, Frommannstraße 9 p.; Kassierer: Otto Mann, Böhlitz 5, Leipzig, Giebenerstraße.

Meiningen. Vorsitzender: Ferd. Schülz, Obere Kaplaneigasse 1; Kassierer: Wilhelm Wesselmann, Schwabenberg 2/4 I.

Neuwied a. Rh. Vorsitzender: Peter Wirtgen, Junferstraße 4 D; Kassierer: Max Krumnow, Neue Mittelstraße 19.

Sterkrade. Vorsitzender: Reinhold Böhl, Marktstraße 36; Kassierer: Karl Schütte, Brandenburgstr. 27.

Frier. (Maschinensehervereinigung.) Vorsitzender: Hubert Heil, Kapellenstraße 26; der Kassiererposten ist nicht gewechselt worden.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die Herren Verwalter und Ausschreiber von Ortsdiplomatik werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Drucker Johann Kleeberg aus Münster bereits in „Korr.“ Nr. 83 vom 21. Juli 1908 als ausgeschlossen und das noch in seinen Händen befindliche Quittungsbuch Gau Rheinland-Westfalen 5138 (Hauptbuchnummer 8230) für ungültig erklärt worden ist. Kleeberg reist nämlich jetzt wieder in Deutschland, weiß das Quittungsbuch vor und versucht unter erschwerten Angaben Unterstützung zu erhalten. Wir eruchen, das für ungültig erklärte Buch dem Kleeberg abzunehmen und nach hier einzufenden.

Bezirk Potsdam. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, dem auf der Liste befindlichen Seher Gustav Lampe aus Kolberg (Hauptbuchnummer 55432) auf der Legitimation 70 Tage erhaltene Unterstützung vorzutragen.

Meiningen. Vom 1. Januar erhalten nur noch nichtbezugsberechtigte und ausgezeuerte Mitglieder Diätium, und zwar erstere 30 und letztere 45 Pf.

Verammlungskalender.

Apolda. Generalversammlung heute Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Vorwärts“.

Garmen. Generalversammlung heute Samstag, den 16. Januar, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Wuppertstraße 11.

Gensheim-Deppenheim. Generalversammlung Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zum Katerhof“ in Bengelheim.

Gernburg. Versammlung heute Sonnabend, den 16. Januar, abends punkt 8 Uhr, im Restaurant „Zum Erbprinzen“.

Gries. Generalversammlung heute Sonnabend, den 16. Januar, im Vereinslokale „Bürgerheim“, Doppelner Straße.

Hiebshofen. Generalversammlung Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9 Uhr, im Vereinslokale.

Hresden. Generalversammlung Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, in „Schmidt's Gasthaus“.

Essen (Mühlr.). Stereotypen-, Galvanoplastiker- und Schriftgießergeneralversammlung Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 1 Uhr, im Restaurant „Zum Uttenberg“, Ecke Wittering- und Briggittstraße.

Frankfurt a. M. Bezirksversammlung Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“.

Glogau. Maschinenmeistergeneralversammlung Sonntag, den 21. Januar, vormittags 11 Uhr, in „Purzel's Restaurant“, Kleine Dörschstraße 13.

Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Montag, den 18. Januar, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Weidenbüchelhof 57.

Hamburg-Altona. Maschinenmeistergeneralversammlung Montag, den 18. Januar, abends 9 Uhr, im Vereinslokale bei Ribow, Schopenhof 1.

Weldes i. S. Versammlung heute Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Krone“ (309. Regn.).

Weldes i. S. Versammlung heute Samstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Gießhaus“.

Kassel. Versammlung Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Mün. Korrektoren Versammlung Samstag, den 16. Januar, abends 9 Uhr, im Vereinslokale Dierke, Christophstr. 13A.

Mannheim-Ludwigshafen. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Bierling“ (Weidenbrückenaußen).
Münster (Weidenbrückenaußen). Generalversammlung Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokale Steinträger, Freiheitstraße.

Münster i. W. Bezirkshauptversammlung Sonntag, den 7. Februar, in Münster. Einträge sind bis zum 29. Januar beim Vorsitzenden einzureichen.

Neuß. Versammlung heute Samstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Brodmanns, Oberstraße.

Pforzheim. Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im neuen Vereinslokale „Zum Birkenhof“, Holzartenstraße.

Pirmasens. Bezirksversammlung Sonntag, den 7. Februar. Einträge sind bis zum 21. Januar an den Vorsitzenden einzureichen.

Plauen. Generalversammlung Sonnabend, den 23. Januar, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.

Quedlinburg. Generalversammlung heute Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Stadtmarkt“, Weberstraße.

Saalfeld a. S. Generalversammlung heute Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wüme, Brüdergasse.

Saarbrücken-St. Johann. Maschinenmeisterversammlung heute Samstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Riffhäuser“, Saarbrücken.

Schleswig. Hauptversammlung Sonntag, den 17. Januar, nachmittags punkt 4 Uhr, im Vereinslokale.

Stuttgart. Maschinenmeistergeneralversammlung am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Ehinger Straße 17/19.

Stuttgart. Korrektorenversammlung heute Samstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, bei Reuter, Mozartstr. 37.

Teier. Bezirksversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Brunnen“.

Ulm-Münster. Generalversammlung heute Samstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Wech“ (Weidenbrückenaußen), Dörschstraße.

Wiesbaden. Bezirksversammlung Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Wellenstr. 41. Einträge sind an den Vorsitzenden einzureichen.

Zuffenhausen. Versammlung heute Samstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Rose“.

Verlag und Buchdruckerei (Recherchierliteratur, Zeitschrift 5000 Aufträge), zu verkaufen. Für 1-3 Kollegen höhere Gebüh. 22000 Mr. Werz Dff. unter Nr. 86 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Lichtiger Stempelseher per sofort für dauernd gesucht. Werte Offerten mit Zeugnissen erbeten an **Oskar Spelling**, Leipzig, W. Wrommelstraße 1. [92]

Russischer Seher gesucht. **Reinke & Grünwald**, Berlin, Wabertstraße 9. [95]

Lichtiger Schriftgießer für englische Komplettschneidemaschine, System Genssch & Poyko, sofort gesucht von der **Schriftgießerei G. J. Genssch** München. [104]

Geucht werden zu baldigem Eintritt mehrere tüchtige **Handmaschinengießer** in dauernde Stellung. [90]

Otto Weisert, Stuttgart Schriftgießerei und Messinglinienfabrik.

Tüchtigen Zurichter welcher selbständig und gewissenhaft arbeiten kann, spez. für Foudner- und Wägetermaschinen, sucht für dauernde Stellung. [69]

Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M.

Lichtiger Höhefräser findet dauernde Beschäftigung in der f. u. t. Hochdruckschneiderei **Paul Wendler & Söhne**, Wien VI, Wollergasse 23. [100]

Typographischer tüchtig, korrekt, gute Maschinenkenntn., sucht nach Württemberg zu vertrieben. Werte Off. unter H. u. 108 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Der graphische Arbeitsmarkt wird bereits fünf Stunden nach Ausgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags nachm. 3 Uhr an alle Postämter des deutschen Reichs versandt, von denen

Arbeitsuchende diese Sonderausgabe zum Preise von 9 Pf. pro Monat beziehen können. [24]

„Buchdrucker-Woche“ Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

Berein Berliner Rotationsmaschinenmeister.

Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 4 Uhr, in „Göthes Industriespektakel“, Beuthstraße 20:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Was lehren uns die Tarifamtsentscheidungen? Referent: Kollege Stöpel; 3. Vereinsmitteilungen; 4. Wahl des Vorstandes; 5. Wahl zweier Revisoren; 6. Verschiedenes, Fragetafel. [98]

Pflicht eines jeden Mitglieds ist es, zu erscheinen. Der Vorstand.

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker. Umstände halber findet unsere diesjährige Generalversammlung **Montag, den 18. Januar** abends 9 Uhr, im Vereinslokale bei Ribow, Schopenhof 1, statt. [93]

„Die Linotype“ Lehrbuch v. H. Kiebel & Berlin N 4, Kollhoffstraße 17 IV. 2t. Urteil erst. Sachmanns ein leichtverständl. Werk v. dauerndem Wert. Preis 80 Pf.

„Der Harzwald-Wilderer“ Roman von **Karl Fische**, Buchdrucker in Wernigerode a. Harz. 30 wöchentliche Lieferungen à 15 Pf. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen sowie gegen Einsendung des Betrags auch direkt vom Herausgeber entgegengenommen. Probehefte 15 Pf. in Briefmarken. Allen werthen Kollegen, die Freunde einer die Harzgebirgsromantik behandelnden gesunden Lektüre sind, angedenklich empfohlen. [105]

Buchdruckerkitel aus gutem Köper Nowa 110 120 130 140 cm lang Achselschluss 2,95 2,50 2,75 2,90 Mk. aus Prima Köper Nowa 2,90 3,10 3,25 3,40 Mk. oder aus gestreift Rogatta 2,90 3,10 3,25 3,40 Mk.

Wurzel & Co., Berlin, Brückenstr. 13. Fabrik für Berufskleidung. [666]

Gastwirtschaft Imhoff Köln am Rhein, Perlengraben 36. Logis — 40 Pf. — Zimmer mit 2 Betten Brausebad frei. — per Bett 50 Pf. Empfehle ferner: Zimmer allein 1,50, 2 Nächte 2,50, 3 Nächte 3 Mk.

Unsern lieben Kollegen **Louis Schmidt** zum 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Leipzig, den 15. Januar 1909. [96]

Die Verbandsmitglieder der „Leipziger Neueste Nachrichten“.

Um Angabe des jetzigen Aufenthaltsortes des Schriftsehers **Paul Crappiel** aus Halle a. S. wird gebeten durch d. Geschäftsst. d. Bl. u. Nr. 101.

Wir wünschen mit Kollegen im Ausland und Inland in Briefmarkenaustausch zu treten. Für Zufendung von Briefmarken versenden auch schöne, origingelappte Briefmarken. [99]

Fr. Böhl, Wöblingen (Württemb.), Marttir. W. Grammann Raktrop (Weßl.), Raiser Friedrich, Straße 21.

Heinrich Harms aus Bremen im 61. Lebensjahre. Seit nahezu 88 Jahren in der Norddeutschen Buchdruckerei tätig, war er uns nicht nur ein guter Kamerad, sondern insbesondere ein stets hilfs- und opferbereiter Freund. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. [97]

Berlin, den 12. Januar 1909. Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Simon-Lukas-Kirchhof, Tempelhof, Britzer Weg, statt.

Plötzlich und unerwartet schied heute unser Kollege und Mitarbeiter, der Maschinenmeister **Willi Hackmack** im Alter von 29 Jahren aus dem Leben. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren! Hamburg, den 11. Januar 1909. [102]

Das Personal der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

Am 9. Januar verschied plötzlich an Herzschlag unser lieber Kollege, der Invalide **Hermann Fromcke**

im 70. Lebensjahre. Viele Jahre, von 1877—1886, hat er das mühevollste Amt eines Gauvorstehers von Ostpreußen verwaltet.

Noch bis in die letzte Zeit nahm er regen Anteil an allen Vorkommnissen unserer Organisation, und war es ihm auch vergönnt, in voller körperlicher und geistiger Frische und bei gutem Humor vor etwa vier Jahren, geehrt von der gesamten Kollegenschaft, sein fünfzigjähriges Berufs Jubiläum zu feiern.

Er war auch ein Mitbegründer unsers in vollster Blüte stehenden Gesangsvereins Typographia.

Seine Verdienste sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken. Er ruhe in Frieden! Königsberg i. Pr., den 11. Januar 1909. [103]

Der Vorstand des Gau's Ostpreußen.